

# IKEK: Grünes Licht für die Startprojekte

**BIRKENAU.** Die Arbeit der Bürger soll nahtlos weitergehen. Der Haupt- und Finanzausschuss (HFA) der Gemeinde Birkenau empfiehlt der Gemeindevertretung den Startprojekten, die die Arbeitsgruppen der Bürger, die bei der Erstellung des Integrativen kommunalen Entwicklungskonzeptes (IKEK) aktiv waren, grünes Licht zu geben. In öffentlicher Sitzung beratschlagten sich die Finanzexperten der Fraktionen über die Kosten der einzelnen Vorhaben, für die insgesamt 160 000 Euro anfallen, von denen die Gemeinde 59 200 Euro zu tragen hat. Diese Kosten werden nämlich nur zu 37 Prozent die Gemeindekasse belasten. 63 Prozent werden vom Land Hessen als Fördermittel beigesteuert.

Die Gemeindevertretung hatte das Gremium beauftragt, vor einer endgültigen Entscheidung über die Vorschläge zu diskutieren und eine Empfehlung auszusprechen. „Die Diskussionen haben gezeigt, dass dies der richtige Schritt war“, sagte HFA-Vorsitzender, Dr. Bernhard Klein. Unter großer Bürgerbeteiligung gingen die Ausschussmitglieder die sieben besetzten Projektgruppen und deren Startprojekte durch. Unklarheiten und noch offene Fragen beantwortete Diplom-Ingenieurin Carina Weber von dem IKEK-Prozess begleitenden Architekturbüro Rittmannsperger.

## Unterschiedliche Auffassung

Unterschiedlicher Auffassung waren die Ausschussmitglieder über die Tatsache, dass sämtliche Startprojekte zunächst Ausgaben für Konzepterstellungen vorsehen. „Wir geben für die Definierung der Vorhaben viel Geld aus, das dann bei der Umsetzung fehlen wird“, sagte Jochen Kruse (SPD), der auch darauf hinwies, dass der Aufwand, der durch die Startprojekte auf die Gemeindeverwaltung zukommen wird, diese überlasten könnte. Kruse favorisierte eine Umsetzung zunächst ausgewählter Startprojekte. Bürgermeister Helmut Morr zeigte sich indes zuversichtlich, dass die Realisierung der Startprojekte für seine Mitarbeiter machbar sei.

Weber wies auf die Konsequenzen eines Aufschiebens der Projekte hin. Sie erläuterte, dass von den insgesamt zehn Jahren, in denen Fördermittel zur Verfügung stehen, bereits zwei Jahre für die Bewerbung und Konzepterstellung verstrichen seien. „Das Problem ist die Zeit, alles was bis zum 15. November dieses Jahres nicht auf den Weg gebracht wurde, muss bis Mai 2015 warten. Aufgrund der dann folgenden Bearbeitungszeit verstreicht ein weiteres Jahr.“ Ein Jahr also, in dem die einzelnen Bürgerarbeitsgruppen nicht weiterarbeiten könnten.

## Die Startprojekte

Die Ausschussmitglieder beschäftigten sich mit jedem einzelnen Konzept: Mit sechs Ja-Stimmen und bei einer Nein-Stimme der SPD empfiehlt das Gremium, eine Entscheidung zugunsten der Erstellung eines begleitenden Verkehrskonzeptes. Kruse kritisierte, dass es sich bei der Formulierung des Beschlusses eher um einen Arbeitsauftrag als um ein Konzept handele: „Hier finde ich sehr viele Dinge, die man auch ohne ein zu Buche schlagendes Konzept erledigen könnte. Bürgermeister Morr hielt dagegen, dass unter diesen Punkten auch viele bereits erörterte Fragen gestellt würden, deren Beantwortung keine Kosten verursachen würden. Morr erinnerte daran, dass der Gemeindevorstand, in dem alle Fraktionen vertreten sind, allen Startprojekten die Zustimmung erteilt habe. Für die Erstellung des Konzeptes sollen 50 000 Euro zur Verfügung gestellt werden, von denen – wie bei allen anderen Kosten der Startprojekte – die Gemeinde 37 Prozent also rund 19 000 Euro zu tragen hat.

Auch das Projekt „Leerstand-Management“ wurde, bei einer Enthaltung der Freien Wähler, einstimmig auf den Weg gebracht. 7500 Euro werden im nächsten, und bei jeweils erneuten Beschluss in den folgenden Jahren zur Verfügung stehen, um eine Herangehensweise zu entwickeln. Besitzer von leer stehenden Wohnungen, aber auch von unbebauten Grundstücken soll so unter



Sonnige Zeiten für Birkenau: Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Birkenau gaben in ihrer jüngsten Sitzung grünes Licht für die Umsetzung der Startprojekte im Rahmen des Integrativen kommunalen Entwicklungskonzeptes (IKEK). SYMBOLBILD: HOFMANN

die Arme gegriffen werden, mit dem Ziel, mehr bereits bestehende Immobilien als Wohnraum nutzbar zu machen.

## Touristische Infrastruktur

Auch den Möglichkeiten, mehr für die Gäste des Dorfes zu tun, soll mit finanzieller Unterstützung auf den Zahn gefühlt werden. Wanderwege, die mit Bänken und Verweilstätten ausgestattet sind, sind ein Beispiel für die Aktivitäten, die die Projektgruppe „Touristische Infrastruktur – Heimat erkennen, Identität wahren“ in Angriff nehmen will. Aber auch andere Landschafts- und Kulturgüter stehen bei den ehrenamtlich tätigen Bürgern auf der „Zu-Erledigen-Liste“. Der redaktionell überarbeitete Beschlussvorschlag, der einstimmig angenommen wurde, empfiehlt bis maximal 25 000 Euro für diese Arbeiten bereitzustellen.

Um jene Plätze zu ermitteln, die von den Bewohnern der Ortsteile als Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens empfunden werden, mit dem Ziel zukünftige Investitionen zielgerichtet einsetzen zu können, werden dem Startprojekt „Ortsteilmitten“ in diesem Jahr 7500 Euro zur Verfügung stehen, um eine fachliche Begleitung bei dem Projekt zu finanzieren – keine sinnvolle Ausgabe, fand Kruse: „Die Bürger wissen doch, was sie brauchen.“ Das Geld sei besser angelegt, um konkrete Vorhaben umzusetzen. Es gelte zunächst, das „Wo“ und „Wie“ zu erörtern, bevor etwas seitens der Politik definiert werde, hielt Weber entgegen. Fünf Ausschussmitglieder stimmten zu, dass eine fachliche Begleitung in diesem Prozess wünschenswert wäre, gegen eine Stimme der SPD und der CDU.

Eine formelle Notwendigkeit auf dem Weg zu einem geförderten Sanierungsgebiet war die Zustimmung zu dem Startprojekt „Vorbereitende Untersuchungen nach Paragraph 141 Baugesetzbuch“, wofür 5000 Euro veranschlagt wurde. Dieses Vorhaben umzusetzen, wurde einstimmig empfohlen. Vier Ja-Stimmen, bei zwei Nein-Stimmen der CDU und einer Enthaltung der SPD sorgten für die Empfehlung des Standortkonzeptes „Nahwärmever-sorgung“, für das 20 000 Euro Honorarkosten eingeplant werden.

In nicht öffentlicher Sitzung entschieden sich sechs Ausschussmitglieder bei einer Gegenstimme dazu, 20 000 Euro für eine Standortbewertung eines Fachbüros für verschiedene Liegenschaften – unter ihnen das Vereinshaus, der Platz La Rochefoucauld und das Schwimmbad-Areal – einzuholen.